

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

1.6.1875 (No. 126)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 1. Juni.

№ 126.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einsendungsgebühr: die gespartene Zeit oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1873.

Telegramme.

Madrid, 29. Mai. Die amtliche „Gazeta“ meldet, daß der Karlsruher Führer Dorregaray in einem bei Alcora (Prov. Valencia) stattgehabten Treffen am Schenkel verwundet ist. Der Verlust der Karlisten in dem Treffen betrug 70 Tote und 200 Verwundete. — Admiral Polo erlegt den gefallenen Barcagueti.

St. Petersburg, 30. Mai. Die Meldung deutscher und englischer Zeitungen, daß vor der Abreise des Czaren nach Deutschland Seitens der russischen Regierung an die auswärtigen Mächte die Benachrichtigung ergangen sei, Rußland beabsichtige in Berlin seine Dienste zur Vermittlung der Aufrechterhaltung des Friedens anzubieten, wird als vollkommen unbegründet bezeichnet.

Deutschland.

Berlin, 29. Mai. Das Herrenhaus setzte die Spezialdiskussion über die Provinzialordnung fort. Die §§ 65 bis 116 wurden nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt. Bei § 117 wurde die Debatte auf Montag vertagt. Ein Antrag Hobrechts zu § 65, welcher der Minister des Innern befürwortete, das Element des Provinzialraths zu verstärken und den Provinzialrath aus dem Oberpräsidenten, dessen Justiziar und fünf gewählten Mitgliedern zusammenzusetzen, wurde mit 73 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 29. Mai. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Beratung die gestern in zweiter Lesung erledigten Vorlagen an und genehmigte in erster und zweiter Beratung fast ohne Debatte fünf andere kleine Gesetzesentwürfe.

Berlin, 29. Mai. Der Bundesrath hielt heute Vormittag 11 Uhr unter Vorsitz des Präsidenten Delbrück eine Plenarsitzung. Die Vorlage wegen Aufnahme der Gewerbesteuer in die Reichs- und Provinzialsteuern wurde mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es erfolgte eine Mittheilung über den Abschluß einer Uebereinkunft mit Belgien wegen des Markenstempels und eine Berichtigung eines früheren Bundesrathsbeschlusses die Befähigungsgewinne für Seeschiffe betreffend. Daran reichten sich Beschlüsse über den Abschluß eines Markenstempels mit Oesterreich-Ungarn und über das Verfahren betreffend die bei der Pensionierung eines Militärbeamten in Anrechnung zu bringende, im Gemeindefiskus zurückgelegte Dienstzeit. Der Antrag wegen Prägung von Goldmünzen für Privatrechnung wurde angenommen. Sodann wurden mündliche Berichte erstattet über eine Petition wegen Einlösung von Kupfermünzen, über die Erbauung eines deutschen Krankenhauses in Konstantinopel, über die Wahl der Mitglieder von Disziplinarkammern und über die Befreiung einer Kathedrale beim Reichs-Oberhandelsgericht. — Der betreffende Ausschuss des Bundesraths hat bezüglich der Vorarbeiten über die Prüfung der Ärzte, Thierärzte u. s. w. vom 25. September 1869 folgende Vorschläge gemacht: den früheren Beschluß, wonach die Zöglinge der königlich preussischen Hochschule, die sich der Prüfung als Thierärzte unterwerfen, von der Prüfung im Hufbeschlag entbunden werden, wenn sie bei der genannten Schule eine entsprechende Prüfung bestanden haben, auf die Zöglinge der

Thierarzneischule in Dresden auszudehnen, die dort jene Prüfung bestanden haben; ferner eine allgemeine Revision der Vorschriften über die ärztliche Prüfung vom September 1869 vorzunehmen und deshalb den Regierungen anheimzugeben, etwaige auf Abänderung derselben gerichtete Anträge möglichst bald an das Reichsjustizministerium gelangen zu lassen, sich zu äußern, ob behufs größerer Uebereinstimmung bezüglich der naturwissenschaftlichen Prüfung (Tentamen physicum) ein vollständiges Prüfungsreglement zu erlassen sei, und sodann bei dem Reichsjustizministerium auf Grund des von den Regierungen einlaufenden Materials einen Entwurf neuer Vorschriften über die ärztlichen Prüfungen, bezw. über das Tentamen physicum zu erwirken, der dann dem Bundesrathe vorgelegt werden soll.

Berlin, 29. Mai. In der letzten Sitzung des Ausschusses des Kongresses deutscher Landwirthe wurde auch ein die Geldverhältnisse Deutschlands betreffender Antrag von Riendorf und Genossen gestellt, welcher sich auf eine Abänderung des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 bezieht und in welchem angestrebt wird, daß bei Ausprägung der Silbermünzen das Pfund Feinsilber in 18 Fünfmarskfäden, 45 Zweimarskfäden, 90 Einmarskfäden u. s. w. ausgebracht werde. Die Motive zu dem Antrage gehen dahin, bei dem hohen Goldstande sei die Einführung der Goldmark in den Verkehr zur Zeit unmöglich; faktisch zirkulire nur das alte Silber und Papier. Die neue Silbermark sei aber 10 Prozent niedriger gegen den Silbergehalt des Thalers ausgeprägt, weil sie nur als Scheidemünze unter Voraussetzung des Vorhandenseins des Goldes dienen solle. Das Münzgesetz vom 9. Juli 1873 setze fest, daß man gesetzlich keine Zahlung über 20 Silbermark anzunehmen brauche. Sobald diese Silbermark, wie jetzt der Fall, als hervorragendes, ja, als Hauptmetallgeld von solch Minderwertigkeit in Kurs komme, so müsse gradatim unsere Metallvaluta auch 10 Prozent sinken und unsägliche Verwirrungen würden die Folge sein. Zudem liegt die Gefahr vor, daß bei der starken Notenzirkulation sich eine bleibende unwertige Papierwährung einzunehmen drohe. Von der Silbermark seien aber weder viel geprägt noch seien sie in beträchtlicher Menge bis jetzt im Umlauf. Die Aenderung sei deshalb leicht und ohne große Kosten durchzuführen. Der Gesamtverkehr würde hieraus eine große Verbilligung schöpfen und die Reichsregierung selbst könnte eine Aenderung des Goldstandes eben so ruhig abwarten. Der Ausschuss beschloß auf diesen Antrag nachstehende motivirte Tagesordnung: „In Erwägung, daß zwar die mit der Durchführung der Münzreform verbundenen Uebelstände, namentlich auch für den Grundbesitz, nicht zu verkennen sind, daß indessen der Antrag der Herren Riendorf und Genossen als nicht geeignet zur Beseitigung der Uebelstände erachtet werden kann, in fernerer Erwägung, daß in dem jetzigen Stadium der Münzreform nur die rascheste Einführung der alleinigen Goldwährung durch Einziehung des vollwertigen Silbers und Ausgabe der nöthigen Goldmünzen Hilfe beschafft werden kann, geht der Ausschuss über den Antrag Riendorf und Genossen zur Tagesordnung über.“

Berlin, 29. Mai. Die außerordentliche Generalversammlung des deutschen Handeltages, von etwa zweihundert Delegirten, darunter drei Gläsern, besuch, nahm die vom Ausschusse empfohlene Resolution an, welche die Erwartung ausdrückt: die Reichsregierung und der Reichstag werden

dem Beschlusse der Reichs-Justizkommission, welche gegen die Beibehaltung der Handelsgerichte sich ausspricht, keine Folge geben. Insbesondere vermöge die Zuziehung kaufmännischer Beisitzer zu Amts- und Landesgerichten die Einsetzung selbständiger Handelsgerichte nicht zu erfolgen.

Berlin, 29. Mai. Der Kronprinz besuchte heute Morgen um 9 Uhr den König von Schweden, der Kronprinz und die Kronprinzessin darauf die Königin von Schweden. Der König von Schweden besuchte den Kaiser. Zu Ehren des Königs von Schweden fand heute bei herrlichem Wetter die Parade statt, die den günstigsten Verlauf hatte. Der König von Schweden und der Kaiser fuhren zusammen um 10³ Uhr nach dem Tempelhofer Felde, wo sie von den General-Feldmarschällen, dem Kronprinzen, Prinzen Friedrich Karl, Wrangel und Manteuffel und den fremden Militärbevollmächtigten und zahlreichen fremdländischen Offizieren erwartet zu Pferde stiegen. Nach dem Eintreffen der Königin von Schweden und der Kronprinzessin, welche in sechs-spännigem a la Daumont bespanntem Wagen fuhren, folgten die übrigen Prinzessinen des königlichen Hauses und das schwedische Gefolge in vier-spännigen Wagen. In drei Treffen aufgestellt, standen in Front sämmtliche hier garnisonirende Infanterie, Kavallerie und Artillerieregimenter, die Schützenbataillone, die Eisenbahn-Bataillone und die zum Generalstab oder Dienst kommandirten Offiziere, etwa 12,000 Mann. Nach der Abnahme der Parade erfolgte der Vorbeimarsch. Die kaiserlichen Gäste und der Kaiser wurden auf dem Hin- und Rückwege von den in den Straßen und auf dem Paradeplatze versammelten Volksmassen mit jubelnden Hurras begrüßt. Das Galadiner fand um 5 Uhr im Weissen Saale mit 140 Gebeden statt. Der Kaiser, der Kronprinz, die Prinzen und die Prinzessinen, die schwedische Gesandtschaft, die Staatsminister, die General-Feldmarschälle, die Generale, die Präsidenten des Herren- und Abgeordnetenhauses und der Oberbürgermeister waren anwesend.

Aus Kurhessen, 30. Mai. Wie die in der Regel gutunterrichtete „Kass. Tagespost“ mittheilt, wird der Kronprinz des Deutschen Reichs und seine Gemahlin im Laufe dieses Sommers einen längeren Aufenthalt auf Wilhelmshöhe nehmen. — In Fulda ist gegen mehrere Damen polizeiliche Untersuchung eingeleitet worden, weil sie für gesperrte Geistliche sollicitirt hatten. — Die „Heffischen Wälder“ machen die bedeutsame Mittheilung, daß Pfarrer Thamer zu Kassel, als der erste der renitenten Geistlichen, welche wegen Verhinderungen von Amtshandlungen bestraft wurden, ohne Nichtigkeitsbeschwerde bei dem I. Obergericht einzulegen, am 27. d. die ihm dieserhalb zuerkannte Gefängnisstrafe von 13 Tagen im Stockhaus zu Kassel angetreten hat, da er sich weigerte, die ihm diktirte Geldstrafe zu zahlen, auch verschiedene Exekutionen (weil er sich alles Privatvermögens zuvor entäußert) erfolglos gewesen waren. Thamer hatte die Aufforderung erhalten, sich am 25. d. freiwillig in dem Gefängnis zu stellen, und wurde, da er dies unterlassen, zwei Tage darauf zwangsweise abgeführt. — Dasselbe Blatt zählt wieder 11 renitente Pfarrer auf, die wegen Vernachlässigung von Amtshandlungen zu mehr oder minder hohen Geldstrafen verurtheilt worden sind. Da jedoch ein Fall so ziemlich wie alle ausfiehet, unterlassen wir es, auf das Nähere einzugehen. Auch eine große Reihe Laien wurde zu 3–5 Mk. verur-

© Silene Arzen.

(Fortsetzung aus Nr. 122.)

Der zeitweilige Vorstehende ergriff, wie es schien mit Freuden, die günstige Gelegenheit, um der schönen Nichte des Präsidenten die weitere Vernehmung zu ersparen.

„Als so“, sagte er zum Hotelier, „Sie meinen also jetzt, der Herr hier, ich meine der Angeklagte, könne deshalb bei Ihnen eingeleitet sein, weil die junge Dame neben Ihnen wohnt?“

„Anzuwarten. Das ist jetzt meine Ansicht.“

„Erläutern Sie uns dies näher. Existirt etwa ein Zugang von Ihrem Gehöfte nach dem der Frau Generalin?“

„Mein. Mein Hof ist nach jener Seite durch Gebände höllig geschlossen. Aber von dem Zimmer aus, welches der Herr Angeklagte bewohnt, kann man sehr wohl den Hof und Garten des Nachbarhauses übersehen. Vielleicht hat der Herr die Aussicht gemeint, als er das Zimmer verlangte. Und da fällt mir noch etwas Wichtiges ein: das gnädige Fräulein hat vor ihrem Fenster einen Balkon, der meistens mit Blumen besetzt ist. Dieser Balkon läßt sich von dem Zimmer des Angeklagten aus erreichen, namentlich mit Hilfe einer Leiter, wenn man die großen Gefährden des Unternehmens nicht scheut.“

„Die mittelbaren Thatfachen sind allerdings wichtig“, bemerkte der Vorstehende. „Angeklagter, ich frage Sie nochmals, wollen Sie auch unter diesen Umständen uns alle und jede weitere Auskunft verweigern? Zu welchem Zwecke haben Sie jenes Zimmer gemiethet?“

„Der Herr Hotelier hat diesen Zweck bereits angegeben“, sprach der Angeklagte jetzt mit völlig veränderter, seltsam weicher Stimme. „Ich wollte dem Fräulein von Wolfenstiege eine Freude bereiten, indem ich ihren Balkon über Nacht mit ihren Lieblingsblumen zu schmücken gedachte. Wie ein Kind freute ich mich im Voraus der Ueberraschung, wenn sie am andern Morgen wie durch ein Wunder die Amaryllis auf ihren Balkon versetzt fände. Ich ließ mir damals nicht träumen,

welche Reife unsäglicher Dualen diese romantische Idee über mein Haupt bringen werde.“

„Allerdings eine sehr unglückliche romantische Idee“, stimmte der Vorstehende zu. „Sie scheinen mir überhaupt zu abenteuerlichen Gedanken ebenso geneigt, wie zu verbißnenem energischem Handeln. Zunächst beschließen Sie um jener raschgefaßten Idee willen eine Unternehmung, die nicht leicht waghafziger gedacht werden kann, und dann vernichten Sie kurzweg Werthpapiere über beträchtliche Summen, damit Ihr Name nicht entdeckt werde. So haben wir uns doch wohl den letzteren Vorgang zu deuten?“

„Allerdings, meine Herren. Ich hätte um dieses Zweckes willen vielleicht mich selbst vernichtet, wenn mein Gewissen und die Hoffnung auf Gottes Hilfe mich nicht davon abgehalten hätten.“

Die Richter und Geschworenen waren durch die Wahrheit seines Ausdrucks sichtbar erschüttert und auch an dem Staatsanwalt schien diese Entschuldigung nicht wirkungslos vorübergegangen zu sein. Aber noch gab er sich nicht völlig gefangen.

„Mir ist noch ein wesentlicher Umstand dunkel“, sprach er. „Sie, mein gnädiges Fräulein, können uns allein hierüber Auskunft geben. Warum haben Sie so lange gegögert, dem Gerichte diese wichtigen Enthüllungen zu machen?“

„O, mein Herr, wie konnte ich früher das dunkle Etwas, welches sich erst in den letzten Tagen wie eine böse Ahnung in meiner Seele erhob, dem scharfen Urtheile der Herren Juristen bieten? Ich wußte nicht, daß dieser Herr jemals nach Süddein gekommen sei, und hätte mir nie träumen lassen, daß auf ihn jemals der leiseste Verdacht eines Verbrechens fallen könne. War ich doch, als ich heute zuerst wieder den Angeklagten erblickte, bei seinem so völlig veränderten Aussehen sogar ein wenig über seine Person im Zweifel, bis Gottlob die Erwähnung der Amaryllis reginae die Entscheidung und völlige Klarheit herbeiführte.“

„Seltsam. So haben wir also nur der durch einen blinden Zu-

fall herbeigeführten Vorladung des Zeugen Baldamus diese immerhin wichtigen Enthüllungen zu verdanken“, bemerkte der Vorstehende gedankenvoll.

„Die Umstände sind wesentlich, und, wie sich nicht verkennen läßt, zu Ihren Gunsten verändert“, fuhr er zum Angeklagten gewendet fort. „Wollen Sie uns nun nicht freiwillig Ihren Namen und Ihre sonstigen Personalien angeben? Es ist sehr möglich, daß diese Mittheilung für den ganzen Prozeß entscheidend wirkt.“

Ich fühlte sofort wie einen schmerzlichen Stich, daß diese Wendung des vorstehenden Rathes einen psychologischen Fehlgreif enthielt. Der einfühlsame Präsident von Wolfenstiege hätte dies Moment sicher nicht benutzt. Glaubte ich doch den Stolz des Angeklagten genügend zu kennen, um zu wissen, daß dies Motiv ihn viel eher von neuem zur hartnäckigsten Schweigsamkeit, als zu vertraulichen Eröffnungen bewegen würde. Der Gefangene hatte sich erhoben. Um seine Lippen schwebte ein Augenblick lang ein schmerzlicher, doch zugleich farsischer Zug. Dann verschwand derselbe so plötzlich, als er gekommen war, um einem tiefen Ernste Platz zu machen.

Ich vertweigere diese Angabe noch jetzt“, sprach er mit harter Stimme, aus welcher man die stählerne Festigkeit seines Entschlusses heraushörte. Beurtheilen Sie mich deshalb nicht als eigenförmig. Erwägen Sie vielmehr, ob ich dem Klange meines allerdings unbescholtenen Namens die Freisprechung verdanken dürfte. Soll ich mein ganzes Leben hindurch jenen noch immer nicht völlig von mir abgewaschenen Schmutzflack mit mir herumtrödeln? Soll man sich hinter meinem Rücken zuraunen dürfen: Er ist von den Geschworenen freigesprochen worden, weil er das Glück hat, einen reinen Namen zu tragen, aber — aber seine Unschuld ist dennoch nicht völlig erwiesen. Er allein hat in der verhängnisvollen Nacht über dem betrauten Kassenzimmer geschlafen. Sein Dolchmesser hat man in dem Zimmer gefunden, die Faser seiner Strickleiter hatten an dem erbrochenen Esengitter. Soll ich dies Zischen und Rauschen dulden, ohne wie der

theilt, weil sie von den renitenten Pastoren das Abendmahl genommen. Dem bekannnten Vikar Wilmar in Nelsungen wurden an einem Tag fünf Strafmandate in Höhe von 300 Mark wegen vorgenommener Amtshandlungen eingehändigt.

† Straßburg, 30. Mai. Die Frohnleichnam-Procession fand, wie herkömmlich, heute, Sonntags im Inneren des Münsters statt, wobei Hr. Bischof Dr. Raef celebrierte. Bei dieser Feste pflegt man das Innere des ehrwürdigen Gotteshauses mit „Maie“ und mit den aus dem Jahre 1739 stammenden Pariser Gobelinstapeten auszuschnüden, welche zwischen den Pfeilern des Langschiffes aufgehängt werden. Diese Gobelins, aus dem damals berühmten Atelier von Pierre Damour zu Paris hervorgegangen, stellen in lebensgroßer Ausführung Szenen aus dem Leben Maria vor und repräsentieren, obgleich die Farben sehr stark verblasst sind, noch immer einen ansehnlichen Werth. Mit Befriedigung war während der heutigen Kirchenfeier wahrzunehmen, daß die früher bei den am Umzuge beteiligten Kindern wahrgenommenen Demonstrationen mit Zuvanzügen, Trifoloren u. s. w. ganz weggefallen waren, was den Eindruck der Festlichkeit wesentlich erhöhte. Der Anbruch Andächtiger und Neugieriger war nicht größer als in den Vorjahren. — Gestern wurden mit den verschiedenen Eisäßer Bahnzügen mehrere Hundert Reservisten in ihre Heimathorte zurückbefördert, welche zu 12tägigen Übungen mit dem Mauersegel hierher einberufen worden waren. Die Haltung dieser Mannschaften ließ nichts zu wünschen übrig. Wie wir hören, ist zum Gouverneur des hiesigen Platzes der Generalleutnant v. Schachtmeier, bisher Kommandeur der 8. Division in Erfurt, ernannt worden. — Kommen 9., 10. und 11. Juni findet hier eine Versammlung deutscher Lokomotivführer, Maschinenmeister u. s. w. statt. Man rechnet auf eine Beteiligte von 150 Personen.

† Mühlhausen, 28. Mai. Die Frage über Aufbesserung der Lehrerbefoldung ist, wie bekannnt, von der Regierung des Reichslandes in einer für die Lehrer sehr befriedigenden Weise gelöst worden; der Lehrerstand ist heute nicht mehr ein Sorgenstand, Jeder, der sich ihm widmet, findet dabei sein anständiges Auskommen, so weit er nämlich nicht in einer Ortschaft wirken muß, wo die Lebensmittel besonderer Verhältnisse wegen exceptionell theuer sind. In dieser letzten Ausnahmestellung glauben sich die Lehrer in Mühlhausen zu befinden, und sie haben sich deshalb schon wiederholt um eine Gehaltsaufbesserung an die Behörde gewendet, sie erklären, mit dem übernommenen Gehalt (von durchschnittlich 1500 Frs.) nicht auskommen zu können, ohne sich harte Entbehrungen auferlegen zu müssen. So viel ich weiß, ist die Verwaltung den Lehrern günstig gestimmt, trotzdem von einer gewissen Seite fortwährend behauptet wird, das Leben in Mühlhausen sei nicht theurer, gegentheils billiger als auf dem Lande. Man muß, um letzterem bestimmen zu können, ganz übersehen, daß z. B. nur die Octroibehörden, welche aus den Lebensbedürfnissen hiesiger Einwohnererschaft erhoben werden, durchschnittlich auf jeden Kopf 20 Franken per Jahr betragen, oder auf jede der 12,000 Haushaltungen jährlich 100 Franken. Nach der Volkszählung besteht eine Haushaltung durchschnittlich aus annähernd 5 Köpfen. Wie sich bei dieser Belastung des Konsums die Lebensmittel-Preise in der Stadt und auf dem Lande die Wage halten könnten, ist gar nicht abzusehen. Dieser einzige Punkt schon spricht für die Beschwerden der Lehrer, während noch viele andere ihre Berücksichtigung anempfehlen.

† Aus Lothringen, 29. Mai. Das neuerrichtete Lehrerinseminar zu Metz ist am 24. d. durch den Regierungs- und Schulrath H. Schmitt in Gegenwart des Direktors der Anstalt, Hrn. Better, mehrerer Schulinspektoren u. feierlich eröffnet worden. — Die „Mezer Zeitung“ hat den Kampf mit dem früheren Mitredakteur der halbamtlichen „Lothringer Zeitung“, Hrn. E. Huhn, demselben, der die deutschen Straßenbenennungen in Metz zum Gegenstande sonderbarster Auslassungen gemacht hatte, mit Geschick und Schärfe aufgenommen und durchgeführt. Hr. Huhn bekannte sich seitdem selbst als Verfasser jenes Artikels der „Allg. Ztg.“

† München, 28. Mai. Prinz Max Emanuel, Herzog in Bayern, hat sich mit Prinzessin Amalie, Tochter des

Sty dreinschlagen zu dürfen? Soll ich jener verzweifeltsten That, vor der mich Gott bisher trotz aller Bedrängniß behütet hat, gerade durch eine solche Freisprechung rettungslos entgegen getrieben werden? Nein, nein, meine Herren. Entscheiden Sie über einen Ungenannten, wie Sie die Untersuchung gegen ihn eingeleitet haben, ja verurtheilen Sie mich, falls Sie mich schuldig finden. Wahrscheinlich, ich werde die schwerste Strafe leichter tragen, als jenes höllische Bismel.“

„Wohlan, so müssen wir zur Vernehmung der Zeugin von Wolfenstiege zurückgreifen,“ bemerkte der Oberstaatsanwalt entschlossen. „Mein gnädiges Fräulein, ich beklage diese Nothwendigkeit bitter, aber ich kann sie nicht umgehen und stelle hiermit meinen Antrag.“

(Fortsetzung folgt.)

† Stuttgart, 29. Mai. Professor Palmer in Tübingen, hervorragender Lehrer der praktischen Theologie, insbesondere der Homiletik, ist daselbst gestorben.

† Konstantinopel, 29. Mai. Bei dem in Kleinasien stattgehabten Erdbeben sind mehrere Dörfer gänzlich zerstört worden. Ueber zweitausend Menschen sind umgekommen.

— In Balaklava auf der Krim werden Veranstellungen getroffen, um die unmittelbar vor dem dortigen Hafen versenkten französischen und englischen Kriegsschiffe, zwanzig an der Zahl, vom Meeresgrunde, auf dem sie 20 Jahre liegen, herauszuholen. Zu diesem Zweck werden zwischen einem Ingenieur, der sich zur Ausführung dieses Unternehmens erbötet hat, und der Gesellschaft, welcher der Balaklaver Hafen zur Benutzung überlassen ist, bereits Unterhandlungen geführt, deren Abschluß täglich erwartet wird. Man verspricht sich von Seiten der beteiligten Personen von diesem Unternehmen eine reiche Ausbente an kostspieligen Dampfmaschinen und baaren Geldsummen, die mit den versenkten Schiffen auf dem Meeresgrund gegangen sind.

Prinzen August, Herzogs von Sachsen-Koburg und Gotha, verlobt.

† Leipzig, 28. Mai. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Durch den Frankfurter Friedensvertrag ist das Deutsche Reich Rechtsnachfolger des französischen Fiskus im Reichslande Elsaß-Lothringen geworden und forderte als solcher eine größere Summe als Rest von Steigehilling für Holz aus den Staatswaldungen. Der Beklagte wendete ein, er habe der französischen Regierung Sicherheitswechsel für seine Schuld ausgestellt und brauche nur gegen Rückgabe der Wechselurkunden zu bezahlen. Der Reichsfiskus erklärte, dazu außer Stand zu sein, weil die Wechsel bei dem Brande des Finanzministerial-Gebäudes in Paris zerstört worden seien, erbot sich aber zu Garantie dafür, daß der Beklagte niemals werde aus den Wechseln belangt werden. Der Beklagte bestritt das Vorbringen und bemerkte, vor erwirkter Amortisation der Wechsel könne der Fiskus von ihm keine Zahlung fordern. Das Handelsgericht hielt diesen Einwand für begründet und wies die Klage als vorzeitig ab. Der Appellhof Kolmar hat jedoch abändernd zu Gunsten des Fiskus erkannt und die dagegen eingelegte Kassationsbeschwerde wurde verworfen. Man nahm an: allerdings habe der Beklagte an sich das Recht, nur gegen Rückgabe der Kautionswechsel Zahlung zu leisten; allein nachträglich sei die Zerstückung der Wechsel durch Brand festgestellt und so sei auch ohne vorgängige Amortisation der Wechsel rechtlich gewiß, daß der Beklagte keine Gefahr laufe, nochmals zahlen zu müssen, wogegen ihn überdies die Garantieusage des Fiskus sichere.

In Kolmar besteht ein Lokalstatut, das wir anderen deutschen Städten auch wünschen möchten; es ist nämlich verboten, die fließenden Wasser durch Eingießen schädlicher Substanzen zu verunreinigen. Wegen Verstoß gegen diese Vorschrift wurde ein Färbermeister zu Haftstrafe von einem Tag verurtheilt. In der Appellationsinstanz schlug der Staatsanwalt neue Beweise vor, die Zuchtpolizei-Kammer ging darauf nicht ein und deshalb wurde ihr freisprechendes Urtheil vernichtet, indem der dormalen dort noch geltende französische Strafprozeß dem Staatsanwalt das Recht neuer Beweismittel jedenfalls dann gewährt, wenn in der ersten Instanz keine Schuldbeweise erhoben worden sind.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien 29. Mai. Der Reichs-Kriegsminister ist aus dem Urlaube zurückgekehrt und hat die laufenden Geschäfte wieder übernommen.

† Wien, 30. Mai. Die Verhandlungen über eine Theilung der Diözese Breslau nach den Territorialgrenzen ruhen. Man mochte die Theilung, als der Kampf zwischen Staat und Kirche in Preußen größere Dimensionen annahm, auf beiden Seiten, in Berlin wie in Wien, für wünschenswerth halten; man scheint aber auf beiden Seiten — gewiß nicht ohne sehr bestimmte Anhaltspunkte zu haben — zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß die Doppelstellung des Fürstbischöflichen Hofes von Breslau weber der preussischen Regierung die Wahrung ihrer Autorität erschweren noch die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen trüben werde, und so ist von der Weiterführung der Verhandlungen für den Augenblick um so eher Umgang genommen worden, als sich kaum voraussetzen ließ, daß die Kurie zur Zeit in die Zweitheilung des Breslauer Sprengels willigen werde.

Frankreich.

† Versailles, 29. Mai. In der heutigen Sitzung der Dreißiger-Kommission waren Buffet und Dufaure zugegen. Dieselben gaben die Erklärung ab, daß die Regierung jegliche wesentliche Abänderung des Gesetzesentwurfs über die öffentlichen Gewalten ablehnen müsse, indem sie namentlich darauf hinwies, daß eine starke Regierungsgewalt nothwendig sei, um die Ordnung dauernd zu sichern. Die beiden Minister sprachen sich auch gegen das von der Linken aufgestellte Prinzip der Permanenz der Nationalversammlung aus. Buffet erklärte ferner, die Regierung werde energisch dafür eintreten, daß der Antheil an der öffentlichen Gewalt, welcher der Regierung eingeräumt sei, in seinem Umfange nicht verringert werde. Die Frage, ob die Kronbesetzungswahl oder das Listenstrutinium eingeführt werden soll, gelangte nicht zur Verhandlung. In der nächsten Woche werden wahrscheinlich neue Verhandlungen des Dreißiger-Kommission und Mitgliedern des Ministeriums stattfinden. — In der Nationalversammlung wurden heute der Gesetzesentwurf betreffend die Konfessionierung der Lyoner Kompagnie zum Bau neuer Linien mit 554 gegen 23 Stimmen und ferner die Vorlage über den Bau einer Eisenbahn von der Picardie nach Flandern, beide in erster Lesung, angenommen. Die Versammlung genehmigte sodann den Gesetzesentwurf betreffend die Pensionierung der Offiziere.

† Paris, 29. Mai. Der Dreißiger-Ausschuß begann gestern seine Beratungen über den ersten der drei ihm vorliegenden Entwürfe, nämlich denjenigen, welcher von den gegenseitigen Beziehungen der öffentlichen Gewalten handelt. Der erste Redner in der Generaldebatte war Hr. E. Picard. Er ist, sagte er, wie seine Freunde von den entgegenkommendsten Gesinnungen besetzt, kann sich aber doch nicht mit allen Punkten der Vorlage einverstanden erklären. Namentlich hat er ernste Bedenken gegen die Bestimmung des Art. 2, nach welcher der Präsident der Republik, wenn es ihm beliebt oder doch wenigstens zweimal im Laufe einer Session, die beiden Kammern auf einen Monat vertagen kann. Eine solche Befugniß dürfe man dem Oberhaupt einer Republik nicht einräumen; zum mindesten müsse dann — und darauf trägt der Redner an — dem Präsidenten für die Zwischenzeit ein aus beiden Kammern rekrutirter Ferien-Ausschuß zur Seite gestellt werden. Die H. Jules Simon und Laboulaye führten diesen Gedanken noch näher aus. Der Präsident, sagte der Erstere, soll allein das Recht haben, die Kammern einzuberufen, und da die letzteren im Ganzen nicht länger als fünf Monate jährlich tagen sollen, so kann es, selbst wenn die Session in

mehrere Abschnitte zerfällt, doch vorkommen, daß der Präsident der Republik drei oder vier Monate im Jahre ohne Kammern regiert. Er wolle die Person des gegenwärtigen Staatsoberhauptes ganz aus dem Spiele lassen, da dessen Loyalität von Niemand in Zweifel gezogen werden kann; aber der Gesetzgeber müsse doch weiter hinausblicken, und da lege sich ihm der Fall nahe, daß in Abwesenheit der Kammern schwere Verwicklungen eintreten und der Präsident sich allein der Lage gewachsen glaubte. In diesem Falle sind nach der Vorlage die Unterschriften von 450 Abgeordneten und Senatoren erforderlich, damit die Kammern auf außerordentlichem Wege einberufen werden. Man denke nun den Fall, daß von den beiden Kammern nur die eine die Einberufung wünschte, die andere sich aber auf Seite des Präsidenten stellte. Dann wäre diese ganze Bestimmung illusorisch. Das Institut eines Ferien-Ausschusses hat sich dagegen in den letzten Jahren vortreflich bewährt und würde sich daher auch für die Zukunft empfehlen.

Hr. Laboulaye erklärte noch entschiedener, mit der Vorlage sei man auf dem besten Wege, die neue Republik, welche man auf parlamentarische Grundlagen gestellt habe, in eine nicht erbliche Monarchie umzuwandeln, und dies sei die schlimmste von allen Monarchien. Es seien mit dem Art. 2, wenn nicht Staatsstreich, so doch gefährliche Mißgriffe und eigenmächtige Akte zu befürchten; ein junger und unternehmungslustiger Präsident (der Redner dachte offenbar an Gambetta) könnte sich sogar versucht fühlen, im gegebenen Falle einen Krieg einzufäden. Den Kammern müsse offenbar, allerdings nur für gewisse näher zu bestimmende Fälle, das Recht zustehen, selbst für ihre Einberufung zu sorgen. Hr. A. Grévy unterstützte diese Ausführungen mit dem Hinweis auf das Recht des Abgeordnetenhauses, den Präsidenten der Republik in Anklagezustand zu versetzen; auch könne, wenn die gesetzgebende Gewalt die Hälfte des Jahres und darüber abwesend wäre, von keiner wirksamen Ministerverantwortlichkeit die Rede sein. Hr. v. Marcère und Hr. Leroyer bemerkten in der Vorlage eine andere Lücke: wenn der Senat ein Gesetz verwerft, welches von dem andern Hause votirt worden ist, soll dieses Gesetz dann auf alle Zeit in's Wasser gefallen sein? Ferner, meint der letztere Abgeordnete, sei nicht ausdrücklich gesagt, daß der Präsident seine Minister aus den beiden Kammern entnehmen müsse, was gleichwohl unerlässlich sei. Hr. Jules Ferry wiederum nimmt Anstoß an Art. 7, nach welchem der Präsident die Verträge „ratifizirt“. Soll damit gesagt sein, daß er nur den diplomatischen Austausch der betreffenden Dokumente versagt oder daß er sie aus eigener Machtvollkommenheit sanctionirt? Die Herren Ricard und Christophle und mit ihnen die konservativen Mitglieder des Ausschusses erklären sich gegen die Anordnung der Ferienkommission. Das Land, sagt Hr. Christophle, liebe es nicht, die exekutive Gewalt verächtlich zu sehen; wenn der Präsident erst zu einem Staatsstreich entschlossen wäre, so würde ihn auch ein Ferienauschuß nicht davon abhalten. Man könnte, meint Hr. Ricard, die für die außerordentliche Einberufung erforderliche Ziffer der Antragsteller ebenfalls herabsetzen; aber ein förmlicher Ferienauschuß, selbst mit den beschränktesten Vollmachten, sei ein unnützes und störendes Nach- und Staatsmechanismus. Hr. A. Grévy: Man könnte dem Bureau der Kammer, das als solches permanent ist, das Einberufungsrecht übertragen. Auf Anregung des Hrn. Desjols beschließt der Ausschuß, zunächst den Justizminister zu hören.

Wie der „Temps“ vernimmt, hat Hr. Buffet im Ministerrath die von den Anordnungen des Dreißiger-Ausschusses abweichende Ansicht geäußert, daß zuerst das Abgeordnete-Wahlgesetz zur Verhandlung gelangen sollte, weil dieses schon die Probe einer ersten Lesung bestanden hätte; dann solle das Ministerium zu Gunsten des Kronbesetzungswahlgesetzes die Kabinettsfrage stellen. Hierauf hätten die H. Dufaure und Léon Say, obgleich für ihre Person ebenfalls Anhänger des Kronbesetzungswahlgesetzes, entgegnet, daß das Ministerium, da die überwiegende Mehrheit des Verfassungsausschusses für das Listenstrutinium gewonnen sei, mit einer solchen Kabinettsfrage sich einer sicheren Niederlage aussetzen würde. Da indes Hr. Buffet bei seiner Ansicht verharret, so hätten die H. Dufaure und Léon Say, unterstützt von dem Herzog De Caazes, wenigstens durchgesetzt, daß das Abgeordnete-Wahlgesetz erst nach den Vorlagen betreffend die öffentlichen Gewalten und die Senatorenwahlen zur Verhandlung gelangen solle. Sind diese beiden Gesetze erst einmal in Sicherheit gebracht, so hätte in der That eine Ministerkrise viel weniger Gefahr für den Bestand der neuen Verfassung. Der „Temps“ bezeichnet diese Angaben als auf zahlreichen und sicheren Quellen beruhend.

Die Partei Wallon-Lavergne hat sich heute unter Zuziehung mehrerer verwandten Elemente als eine neue Gruppe konstituirte, welche den Namen: „Verfassungstreue Zentrum“ führen soll. Ihren Vorstand setzte sie, wie folgt, zusammen: Präsident: Hr. v. Lavergne; Vizepräsident: Hr. Mathieu-Bobet; Sekretäre: die H. Beau und Boicin; Quästor: Hr. Antonin Lefebvre-Pontalis. Für die orthodoxen Mitglieder des rechten Zentrums, die Broglie, Bathie u. s. w. ist die Bildung dieser Gruppe ein harter Schlag; denn man kann schon jetzt voraussehen, daß sie unter dem Eindruck der Ereignisse starken Zufluß von rechts erhalten und alle liberalen Kräfte der orleanistischen Partei an sich ziehen wird. Auf der andern Seite wird diese verfassungstreue Gruppe dem linken Zentrum einen gewissen Rückhalt gegen zu weit gehende Zuziehungen der Radikalen bieten und manchmal auch zwischen dem Ministerium und den Parteien der Linken vermitteln wirken können.

In Versailles sprach man heute viel von Haus-suchungen, welche bei mehreren Notabilitäten der bonapartistischen Partei im Nièvre-Departement abgehalten worden wären. Die Thatfache selbst scheint außer Zweifel, über die Resultate waren aber nur sehr widersprechende Berichten im Umlauf.

Paris, 29. Mai. (R. Z.) Der „Moniteur“ spricht sich heute gegen den von den Friedensfreunden gestern in Paris unter des Akademikers Feraud Vorsteher befürworteten internationalen Kriegswaffen-Kongress aus. „Wenn“, sagt er hinzu, „die Beschränkung der stehenden Heere möglich war, obgleich nur sehr schwer, in einer Zeit, wo die Armee aus einer fest bestimmten und durch Loosung oder auf anderem Wege zusammengebrachten Anzahl von Leuten bestand, so erscheint dies jetzt fast ein Ding der Unmöglichkeit, da diese Armee die ganze Welt unter den Waffen selbst ist, wie das unter dem jetzigen System der Militärpflichtigkeit der Fall ist.“ — Das Gerücht von einem vor kurzem angelegten Schreiben des Grafen von Chambord wird in den legitimistischen Kreisen für grundlos erklärt. Seit der vor etwa zwei Monaten von dem Prinzen gegebenen Anweisung, sich von den Wahlen für den Senat und die Deputiertenkammer nicht fern zu halten, sei, wie man behauptet, von Frohsdorf her keine neue Weisung eingelaufen.

Paris, 30. Mai. „Paris-Journal“ erhält von der Deutscher Botschaft folgende Zuschrift:

Paris, 28. Mai 1876. Mein Herr! Die Deutsche Botschaft hat von Hrn. Emil Leonhardt, Redakteur des Leipziger „Tagblatt“, die Summe von 1132 Frs. als Erträgnis einer Sammlung zum Besten der Tochter des unglücklichen Luftfahrers Sivel, eines der Opfer der Katastrophe des „Zenith“, erhalten. In seinem Gedächtnisbuche bemerkt Hr. Leonhardt, daß Sivel sich wiederholt in Leipzig aufgehalten und dort zahlreiche Freunde gewonnen hatte. Auf die Nachricht von seinem tragischen Ende ging denn auch eine Bewegung lebhafter Sympathie durch die Bevölkerung dieser Stadt und als man erfuhr, daß Sivel eine Tochter ohne Mittel hinterlassen hat und daß für sie eine Subskription in Paris eröffnet worden ist, wollte man sich an der letzteren beteiligen. Da Ihr Blatt die Initiative zu diesem guten Werke ergriffen hat, so beile ich mich, Ihnen den von Hrn. Leonhardt im Namen des Leipziger Komite's eingesandten Beitrag mit der Bitte zu überreichen, denselben an das Pariser Komite leiten und dabei ausdrücklich bemerken zu wollen, daß er nach dem Willen der Geber speziell für die Tochter des unglücklichen Sivel bestimmt ist. — Genehmigen Sie u. s. w. — v. Scheven, Kanzler der deutschen Botschaft.

Der Marineminister hat, wie das „Journal officiel“ meldet, von dem Gouverneur von Neu-Caledonien eine Drahtdepesche erhalten, welche die Namen der Deportirten aufzählt, die im Laufe des Monats März entwichen sind und von denen man bis auf den heutigen Tag ohne Nachrichten geblieben ist. Es sind dies: Rastoul, Sauvé, Gasnier, Demoulin, Saurat, Ledru, Lebour, Berger, Gallut, Guigue, Edat, Palma und Alexandre. Die übrigen Namen sind in der Depesche so unbedeutend wiedergegeben, daß der Gouverneur von Numea ersucht werden mußte, sie nochmals zu telegraphiren.

Die in Nevers vollzogenen Hausdurchsuchungen trafen, wie von dort gemeldet wird, in erster Reihe den Chefredakteur und den Administrator des bonapartistischen „Nivernais“, Namens Dufresne und Dubraille, sowie den Kaufmann Artigaud, welche unter dem Vorwande, für die Versicherungsgesellschaft L'Étoile zu wirken, bonapartistische Propaganda machten. Man fand bei ihnen Briefe des Barons Bourgoing und des ehemaligen Senators Boivinwilliers, ferner Listen von Theilnehmern, deren mehrere darauf selbst vor den Untersuchungsrichter geladen worden sind. Der Befehl zu den Hausdurchsuchungen war von dem Pariser Untersuchungsrichter Mathieu-de-Bienne ausgegangen.

Belgien.

Brüssel, 29. Mai. Das hiesige Zuchtpolizeigericht hat von den Personen, welche wegen der am letzten Sonntag vorgekommenen Ruhestörungen unter Anklage gestellt waren, zwei zu einmonatlichem und zwei zu vierzehntägigem Gefängniß verurtheilt.

Großbritannien.

London, 27. Mai. Der Kommunalkath der Stadt London hat heute beschlossen, den Seine-Präsidenten und die Mitglieder der Municipalbehörden verschiedener Städte Frankreichs und anderer Länder des Kontinents zu einem im Juli d. J. in Guildhall stattfindenden Banquet einzuladen, an welchem auch eine große Anzahl Vertreter englischer Städte und Korporationen Theil nehmen wird.

Griechenland.

Athen, 28. Mai. Ein königliches Dekret vom heutigen Tage verfügt die Auflösung der Deputiertenkammer. Die Neuwahlen werden demnächst erfolgen.

Ägypten.

Aus Kairo erfährt das Eastern Budget, daß Hr. v. Lesseps wieder in Unterhandlungen mit den Mächten betreffs der Suezkanal-Fälle gestanden hat. Da die Einkünfte des Kanals nun mehr als 30 Millionen Franken pro Jahr betragen, so sollte der Tarif nach der von der internationalen Kommission festgestellten Regel herabgesetzt werden. Hr. v. Lesseps meint indes, daß eine Herabsetzung unmöglich ist, da dieses Jahr außerordentliche Ausgaben für den Kanal nötig seien. Die Einfahrt in Port Said soll vertieft und anderweitig verbessert werden; der Hafen im Timah-See muß erweitert und die Krümmung in Ramlej beseitigt werden, um die Schifffahrt zu erleichtern. Diese Werke würden allein mindestens 30 Millionen Franken kosten. Hr. v. Lesseps hat seinen Sohn nach Konstantinopel geschickt, um die Unterhandlungen über diese Frage fortzusetzen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 31. Mai. Die Frequenz auf den großb. badischen Eisenbahnen, sowie auf den badischen Bodensee-Dampfböten an den Pfingstfeiertagen war in diesem Jahre eine sehr starke. Am 15., 16. und 17. Mai d. J. fand auf der Eisenbahn 158,988 Personen und auf den badischen Dampfböten 11,773 Personen befördert worden. Von den Eisenbahn-Stationen hat Mannheim die größte Zahl Billete mit 13,777 St. verkauft, sodann Karlsruhe 11,344 St., Heidelberg 10,479 St., Freiburg 7107 St., Pforz-

heim 4182 St., Rastatt 3768 St., Schwezingen 3057 St. und so fort bis zu Station Ziefingen mit 4 Stüd.

Heidelberg, 29. Mai. In der gestern unter dem Vorsitz des Hrn. Oberbürgermeisters Bilabel stattgehabten Sitzung des Bürgerausschusses, welche hauptsächlich Beschlüssen hinsichtlich verschiedener neu anzulegender Straßen in der Nähe des Bahnhofes gewidmet war, wurde, wie die „Heid. Ztg.“ mittheilt, der Wunsch ausgesprochen, es möge in die neue Bahnhofstraße schon vor deren gänzlicher Fertigstellung die Gas- und Wasserleitung geführt werden, um der Entfaltung der Banlust einen weiteren Impuls zu geben. Gebaut wird hier gerade nicht sehr viel, allein wie jedes Jahr, so bringt auch die diesjährige Bauperiode eine Anzahl eleganter Neubauten, theils an der Hauptstraße, theils auf der Anlage und in den neuen Quartieren. Hat man hier vielleicht mit einer gewissen Beunruhigung der überraschend schnellen Vergrößerung mancher Schwesterstadt während der Gründerzeit zugehört, so erntet man heute auch die Früchte des Umstandes, daß in Heidelberg stets nur nach dem wirklich vorhandenen Bedürfnis und nicht aus wilder Spekulationslust gebaut worden ist. Denn während jetzt an andern größeren Plätzen, vorab in Mannheim, ein so empfindlicher und lange andauernder Rückschlag und damit ein bedeutendes Sinken der künstlich in die Höhe geschraubten Häuserpreise, wie der Mietpreise eingetreten ist, sind die hiesigen Hausbesitzer nicht nur vor jeder derartigen Vermögensverluster bewahrt geblieben, sondern können einer fortwährenden Werthsteigerung ihres stiegenhaftigen Besitzes, sowie der daraus fließenden Rente gewiß sein, wenn überhaupt keine ganz allgemeine politische Katastrophe dazwischen tritt. In der That dürfte hier der Fall nach nicht dagewesen sein, daß irgend ein Haus oder Bauplatz mit Verlust veräußert worden ist, und er wird wohl auch so bald nicht eintreten. Im Besitzwechsel der Liegenschaften ist allerdings eine gewisse Stille bemerklich, dieselbe mag aber ihren Grund eben darin haben, daß Niemand zum Verkauf gedrängt ist, sondern auf Erzielung höherer Preise rechnet, zu deren Bewilligung jedoch die momentanen Verhältnisse nicht angethan sind. — Die Mitglieder des Konsumvereins, über dessen Angelegenheiten jüngst schon berichtet wurde, sind auf den 1. Juni zu einer Generalversammlung berufen, welche die Vorlage des Rechenschaftsberichts empfangen, sowie Neuwahl von Verwaltungsrath und Revisionskommission vornehmen soll. Man wird eine Klarstellung der so verschiednenartig aufgeführten Vereinslage bei dieser Gelegenheit erwarten dürfen.

Heidelberg, 30. Mai. Der zur Kirchenvisitation hier anwesende Hr. Prälat Dr. Holzmann hielt heute nach dem Vormittags-Gottesdienste in der Providenzkirche eine Ansprache an die versammelte Gemeinde, in der er seinen freudigen Empfangsdrücken beim Wiedererscheinen unter dem früher so lange seiner Seelsorge anvertrauten gewesenen Gläubigen Worte verlieh und sich eingehend über die Anforderungen ansprach, welche die auf neue Grundlagen gestellte kirchliche Organisation an die Gemeinden und jedes ihrer Mitglieder stellt. An Stelle der früheren staatlichen Bevormundung auf kirchlichem Gebiet, an Stelle des seit drei Jahrhunderten gebliebenen staatlichen Zwanges, den zu entbehren man lernen müsse, soll die freie Sitte treten, und Aufgabe jedes Einzelnen im Haus wie in der Öffentlichkeit bleibe es, nach Kräften zur Einbürgerung dieser freien christlichen Sitte und Sittlichkeit, die das Gute aus dem Guten selbst willens liebt und übt, beizutragen, und auf diese Art ein Uebergangsstadium zu einem möglichst raschen segensreichen Abschluß zu bringen, welches mit allen Zwischenzuständen das Mögliche gemein hat, daß das alte Eingewohnte schon beseitigt, das Neue aber, das an seine Stelle treten soll, noch nicht fertig ist. Der Aufbau und Ausbau der auf dem Gemeindepinzip stehenden neuen kirchlichen Organisation erfordere neben der Arbeit der Berufsgeistlichen die eifrige Mitwirkung der Laien durch Wort, Rath und That, es sei daher für die Geistlichkeit dringendes Bedürfnis, bei ihrem Streben hinlängliche Unterstützung in den engeren und weiteren Kirchengemeinde-Kollegien zu finden, mit denen die Kirchenverwaltung sie umgeben hat. Nach dem Schluß des Gottesdienstes, bei welchem die gründlich reparirte Orgel zum ersten Male ihre Töne erklingen ließ, fand sodann noch eine Sitzung der Kirchengemeinde-Versammlung statt, an welcher sich der Hr. Prälat gleichfalls beteiligte, sowie er auch später dem Nachmittags-Gottesdienst in der Heiliggeist-Kirche anwohnte. — Bei dieser Veranlassung sei auch mitgetheilt, daß der hiesige Stadtvater und Lic. theol. Dr. Rneuder, in letzter Woche von der ev. Gemeinde Ziegelhausen mit Stimmenmehrheit zum Pfarrer gewählt worden ist.

Herzsch, 29. Mai. Oestern wurde in Grenzach ein Mann zu Grabe getragen, der seit 35 Jahren in dieser Gemeinde als hochverdienter Lehrer wirkte und der unter dem Namen der übrigen Ortsbewohner sammtlich seine Schüler nennen konnte. Hr. Hauptlehrer W. Fischer gehörte zu den seltenen Männern, die so lange und so gerne, so unverdrossen und segensreich in einer Gemeinde ihren Beruf ausübten und bis zum höchsten Alter mit geistiger Frische ihm treu bleiben können. Im Jahr 1869 wurde ihm die große goldene Civil-Verdienstmedaille gnädigst verliehen. Leider war es ihm nicht vergönnt, sein otium cum dignitate längere Zeit zu genießen. Zu seiner Beerdigung waren von allen Seiten Kollegen und Verehrer, aus Basel gegen 50, herbeigeköhrt, die den Mann wegen der Lauterkeit seines Charakters, seiner Berufsstreue, seines frischen Humors und seiner poetischen Begabung während seines Lebens — er wurde 75 Jahre alt — hatten hoch schätzen und lieben lernen. Ein Basler Gesangverein und eine Anzahl Lehrer sangen an Grabe. Die Leichenrede hielt Hr. Pfarrer Raupp von Grenzach. — Seit einigen Tagen weilt Hr. Oberkirchenrath Schellenberg in unserm Thale, in welches ihn eine in Schoppsheim vorzunehmende Kirchenvisitation gerufen hatte. Dadurch war es auch seinen vielen Freunden vergönnt, ihn hier, dem langjährigen Ort seiner großen, unvergeßlichen Thätigkeit, willkommen zu heißen und einige Zeit mit ihm zu verkehren. — Aus einigen Orten des Necklandes wird von blühenden Heiden, an Hüfeln und Ländern natürlich, gemeldet. — In Bezug auf den Bau der Kreis-Siechenanstalt in Schoppsheim kann ich berichten, daß die Pläne des Hrn. Baumeisters Grießer dahier zur Ausführung gelangt sind. — Die Mittheilung der „Bad. Landesztg.“, nach welcher in Tülingen die Gemeinde beschloffen habe, man solle beantragen, die Pfarrei aufzuheben und das Pfarrhaus in ein Schulhaus umzuwandeln, ist völlig unrichtig. Wohl mögen Einzelne diesen Wunsch hegen, um so mehr, da die Gemeinde dem Schulhaus-Bau notorisch abhold ist, da sie selbst bei den ohnedies hohen Umlagen zu hoch belastet werden möchte; aber von einem Antrag in diesem Sinne war nicht die Rede.

Nachricht.

Wien, 30. Mai. Heute Vormittag hat die feierliche

Eröffnung des Donaudurchstiches durch den Kaiser stattgefunden. Der Minister des Innern Kaiser hielt eine Ansprache an den Kaiser. In seiner Erwiderung nahm letzterer Veranlassung, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß Industrie, Handel und Verkehr sich wieder befestigen und einen neuen Aufschwung nehmen würden. Der Kaiser machte darauf auf dem Dampfer „Ariadne“ mit einer großen Anzahl zu der Feierlichkeit geladener Personen eine Fahrt durch das regulirte Stromgebiet stromaufwärts bis Ruffdorf. Von der Bevölkerung, welche an beiden Ufern der Donau zusammengeströmt war, wurde der Kaiser mit den lebhaftesten Kundgebungen begrüßt.

Paris, 30. Mai. Die Linke hat bezüglich des Gesetzesentwurfs betreffend die öffentlichen Gewalten beschlossen, Aenderungen der Bestimmungen über die Einberufung der Deputiertenkammer zu verlangen, wird jedoch den Entwurf, um eine Ministerkrisis zu vermeiden, erforderlichen Falls unverändert annehmen. — In dem Geschäftslokale des in Nevers erscheinenden bonapartistischen Blattes „Le Nivernais“ ist seitens der Behörde eine Durchsuchung bewirkt worden.

Karlsruhe, 31. Mai. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der großb. badischen 35 fl.-Loose wurden folgende 20 Nummern gezogen: Nr. 592 1317 1912 2117 2122 2460 2650 3420 3849 4070 4633 5546 5972 6014 6327 6558 6750 7161 7706 7962.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 31. Mai, die übrigen vom 29. Mai.)

| Staatspapiere. | |
|------------------------------|---------|
| Preußen 4 1/2 % Obligationen | 105 3/4 |
| Baden 5 % Obligationen | 104 1/2 |
| 4 1/2 % „ | 101 1/2 |
| 4 % „ | 96 3/4 |
| 3 1/2 % Oblig. v. 1842 | 93 3/4 |
| Bayern 4 1/2 % Obligationen | 101 3/4 |
| 4 % „ | 96 |
| Württemberg 5 % Oblig. | 101 3/4 |
| 4 1/2 % „ | 97 |
| 4 % „ | 97 1/2 |
| Rastatt 4 % Obligationen | 97 1/2 |
| Gr. Hessen 4 % Obligation | 100 1/2 |
| Cest. 5 % Silberrente | 68 3/4 |
| 5 % „ | 68 3/4 |
| 5 % Papierrente | 64 3/4 |
| 5 % „ | 64 3/4 |

| Aktien und Prioritäten. | |
|------------------------------|---------|
| Badische Bank | 110 |
| Frankf. Bankverein | 75 1/2 |
| Deutsche Vereinsbank | 82 |
| Provinzialbank | 80 1/2 |
| Darmstädter Bank | 132 |
| Decker. Nationalbank | 87 1/2 |
| Württemberg. Vereinsbank | 123 |
| Decker. Kredit-Aktien | 211 1/2 |
| Mitt. deutsch. Kreditbank | 86 1/2 |
| Rheinische Kreditbank | 95 1/2 |
| Basler Bankverein | 88 1/2 |
| Brüsseler Bank | 78 1/2 |
| Berliner Bankverein | 86 1/2 |
| Südt. Bank | 107 1/2 |
| Öst. deutsche Bank | 83 1/2 |
| 4 1/2 % banr. Dis. à 200 fl. | 115 1/2 |
| 4 1/2 % öst. Ansbahn 500 fl. | 115 |
| 4 % öst. Ludwigsbahn | 103 1/2 |
| 3 1/2 % Oberö. Dis. 350 fl. | 73 |
| 5 % öst. Frz. Staatsb. | 263 1/2 |
| 5 % „ „ | 106 1/2 |
| 5 % „ „ | 139 1/2 |
| 5 % „ „ | 127 1/2 |
| 5 % „ „ | 127 1/2 |
| 5 % „ „ | 175 |
| 5 % „ „ | 152 1/2 |
| 5 % „ „ | 213 |

| Anleihenloose und Prämienanleihen. | |
|------------------------------------|---------|
| Öst.-Ansbahn 100-Thaler-Loose | 108 1/2 |
| Bayr. 4 % Prämien-Anl. | 118 |
| Badische 4 % „ | 127,40 |
| 35 fl.-Loose | 73,80 |
| 20-Thaler-Loose | — |
| Großb. Hessische 50 fl.-Loose | — |
| 25 fl.-Loose | — |
| Ansbahn-Gewinnanl. Loose | 25 1/2 |

| Wechselkurse, Gold und Silber. | |
|--------------------------------|----------|
| London 10 Pf. St. 3 1/2 % | 206,50 |
| Paris 100 Frs. 4 % | 81,80 |
| Wien 100 fl. 3 1/2 % | 183,40 |
| Disconto | 1/2 % |
| Preuß. Friedrichsd'or Mt. | — |
| Pistolen | 16,60—65 |

Tendenz: fest.

Berliner Börse, 31. Mai. Kredit 423,50, Staatsbahn 529, Lombarden 212,50. Tendenz: matt.

Wiener Börse, 31. Mai. Kreditation 233,25, Lombarden —, Anglobank 131, Unionbank —, Napoleonsd'or 8,88 1/2. Tendenz: fest.

New-York, 31. Mai. Gold (Schlusskurs) —. Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kerschmar in Karlsruhe.

Großb. Hoftheater. Dienstag, 1. Juni. 3. Quartal. 78. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Das Gefängniß, Lustspiel in 4 Akten, von Benedix. Anfang 1/2 7 Uhr.

Theater in Baden. Mittwoch, 2. Juni. Hans Heiling, romantische Oper in 3 Akten und einem Vorspiel von Ed. Devrient. Musik von Marschner. Anfang 1/2 7 Uhr.

